

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und
0.80 Beleggebühren, beim eigenen Postamt bestellbar. — Fürs
Ausland unter Preis 1.50 (inkl. Postgeb.). Preis der
Einzelnummer 10 Pf. Postamt Hannover 67 877.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 80 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postamt
Hannover 67 877.

Nr. 277.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 27. November 1931.

13. Jahrgang.

**Sehe nimmer mit der Wahrheit!
Bringt sie Leid, nicht bringt sie Reue;
Doch, weil Wahrheit eine Perle,
Wirf sie auch nicht vor die Säue.**

Storm.

Brief aus Baden.

Es scheinen nunmehr die Vertragspläne zwischen Staat und Kirche auch hierzulande zu einem Abschluß gelangen zu wollen. Soweit die katholische Kirche in Frage kommt, hat sie wirklich nichts zu fürchten. Das in Baden allezeit vorherrschende Zentrum wird schon für die Erfüllung ihrer Wünsche und Befriedigung ihrer Belange sorgen, wie das schon immer bisher geschehen war. Anders die Evangelische Kirche! Sie weiß, was alles für sie auf dem Spiele steht, weiß aber nicht, wie sich zu den mannigfaltigen Belangen die ausschlaggebenden Landtagsparteien verhalten werden.

Darum hat sich in besonderer Weise der Evangelische Volksdienst — der badische Flügel der christlich-sozialen Partei im Reich und des Christlichen Volksdienstes in Württemberg — mit der Frage befaßt und durch Anträge seine und wohl weiterer Kirchenglieder Kreise Wünsche und Erwartungen zum Ausdruck gebracht. Man wird sich weitgehend damit befassen können, vor allem mit der Gegnerschaft zu einer sogenannten „politischen Klausel“ wie wir sie auch von Preußen her kennen. Danach soll dem Staat ein Recht zustehen, hohe kirchliche Persönlichkeiten, etwa den Kirchenpräsidenten als genehm zu bezeichnen oder, was je nachdem auch denkbar wäre, diese Bezeichnung und Genehmigung abzulehnen. So etwas muß ja zur Benachteiligung der evangelischen Kirche führen! Denn Kirchenpräsidenten evangelischer Kirchen werden auch in Baden nicht etwa von einem außerdeutschen Papst oder Kirchenoberhaupt eingesetzt, sondern von der Landesynode gewählt! Und eine Landesynode wird schon wissen, wen sie zu wählen hat. Was ihr recht ist, dürfte dem Staat wirklich billig sein! Sind früher „Kirchenfürsten“ in der badischen Vergangenheit schon je staatsgefährlich geworden, so waren es ganz sicher keine evangelischen! Denn die gibt es eigentlich überhaupt nicht.

Man wird zustimmen, daß die bisherigen Rechtsgrundlagen für geldliche Leistungen des Staates an die Kirche durch die bevorstehenden vertraglichen Abmachungen keine Beeinträchtigungen erfahren dürfen. Fragt sich nur, ob sich eben die geldlichen Nöte nicht stärker ausweisen als der noch so gute Wille! Doch ist eben auf das Vorhandensein des guten Willens immer wieder zu drängen. Dann finden sich vielleicht auch Wege! Tritt schließlich der Evangelische Volksdienst wieder nachdrücklich für gültigen staatlichen Schutz der kirchlichen Sonn- und Feiertage ein, so kann man ihm dafür gar nicht genug dankbar sein. Denn hier wollen auch vielfach bei uns die Mauern und Schranken weichen und wanken, die dieses Erbgut, diese Brunnenstube zu wahrer Volksgefundheit noch leidlich stützen!

Ueber die geforderte „Erteilung des Religionsunterrichtes im bisherigen Ausmaß“ wäre zum Abschluß auch noch ein Wort zu reden. Hier hätte vielleicht ausführlicher geredet werden sollen! Vielleicht darüber, ob dieses Ausmaß dauernd gerade zu Lasten der Pfarren gehen muß und nicht vielmehr weniger schulfremde und weniger ohnehin überbelastete Lehrkräfte empfehlenswerter wären! Sicher aber wäre darüber zu reden, daß auch die katholische Kirche an den staatlichen Schulen nur einwandsfrei, also mehr als nur klösterlich vorgebildete Lehrkräfte verwenden darf. Ferner müßte doch auch dafür gesorgt werden, daß Kinder von zu Sekten gehörenden Eltern gleichfalls einen wirklich dem in der Staatschule erteilten Religionsunterricht gleichwertigen Religionsunterricht nachweisen müssen, ehe sie von diesem befreit werden können. Da liegt es in Baden vielfach nicht weniger im Argen, als der katholischen Kirche gegenüber. Während evangelischerseits nur fachlich ausgebildete Lehrkräfte aus dem Lehrer- und Pfarrerstand den Religionsunterricht an Volksschulen und höheren Schulen erteilen dürfen, ja, an einer solchen höheren Schule eine graduierte akademisch gebildete Pfarrfrau als schulfremde ihrem Manne den Religionsunterricht in unterer Klasse nicht einmal vorübergehend abnehmen durfte — dieser Fall kam vor! — können sich Mönche und Nonnen in Baden am katholischen Unterricht beteiligen und „Gevatter Schneider und Handschuhmacher“ am Religionsunterricht der Schuljugend aus Sektenfamilien freveln, wenn auch nur die ersten in

nerhalb des Volksschulunterrichtes, während die letzten ihre Schäfchen vom Volksschulunterricht befreit erhalten, um dann ohne jegliche Prüfungsaufsicht zu gegebener Stunde den Volksschulreligionsunterricht „ersehen“ zu können. Wie gesagt: Auch das sollte sich der Volksdienst und mit ihm andere kirchenstützende Parteien und Abgeordnete nicht weiter gefallen lassen!

Der liebe Leser nehme uns diese etwas ausführlichen Schilderungen nicht übel. Allein solch ein Konkordat muß möglichst von allen Seiten betrachtet und unsere evangelischen Belange so weitgehend wie möglich aufgezeigt werden. Uebers Ohr werden wir ja trotzdem gehauen werden, weswegen es noch immer die Meinung vieler ist, überhaupt keinen Staatsvertrag mit der römischen Kirche schließen zu lassen, da die Evangelische Kirche dabei entweder immer ins Hintertreffen kommt — oder aber um der „Parität“ willen sich selber von der klaren evangelischen von Klerikalismus freien Linie abdrängen muß! Harren wir also der Dinge, die da kommen sollen!

Einstweilen hat auf anderm Gebiet der Staat endlich eine Verordnung durchgeführt, die wir auch kirchlicherseits von Herzen begrüßen müssen: Er gab — lange genug hat's ja gedauert! — neue Bestimmungen über den Kleinhandel mit Bier heraus. Damit bewegt er sich auf der Linie von anderen deutschen Ländern, Thüringen, Württemberg, ja, sogar dem „gelobten Bierland“ Bayern! Schon das Gaststättengebot hatte hier eine Wunde mit dem sorglichen Finger berührt. Nun ist es durch die Haushaltungsverordnung in weitem Umfang diesen dortigen Bestimmungen unterworfen worden. Insbesondere erhalten Betriebe, die nach dem 12. Oktober 1931 eröffnet worden sind, Erlaubnis nur wenn ein Bedürfnis nachgewiesen ist. Ein Urteil über die Bedürfnisfrage untersteht dem Minister des Innern, Verfügungsgründe können schon wegen der Person der Geschäftsführer als gegeben angenommen werden. Ebenso kann der Betrieb untersagt werden, ist Mißbrauch oder Verstoß gegen Ladenschlußbestimmungen und Sonntagsvorschriften oder auch nur die nötige Reinlichkeit zu befürchten! Die Betriebsräume müssen außerdem an der Strafe liegen und von dort auch zugänglich sein, sie dürfen nicht als Schlaf-, Koch- und Wohnräume benutzt werden, müssen trocken und lüftbar sein und dürfen grundsätzlich nicht in Hausgängen und Hofräumen liegen. Anmeldungen der Betriebe ab Oktober sind bei hoher Strafe Pflicht und kosten 20 bis 300 RM Sporteln! — Schade, daß derlei Bestimmungen nicht mit rückwirkender Kraft auf alle Handlungen mit Bier ausgedehnt werden. Wie viele völlig unnötige Elendsquellen, die der Staat früher wie die Pilze aus der Erde schießen ließ, könnten zum Heil unseres Volkes zum Versiegen gebracht werden! Das wäre auch evangelischer Volksdienst!

Daß derlei auch Sache der Kirche, mindestens Sache der im Volksleben stehenden Pfarren wäre, kann schwerlich bestritten werden. Wenn die Gaben gegeben sind, überhaupt volkserzieherisch zu wirken, sollte diese Gaben doch ja nicht ungenützt lassen. Auch wenn sie sich nun nicht gerade auf die gewiß bitter nötige Bekämpfung der Alkoholverfälschung beziehen! —

Ein Pfarrer, der seine volkserzieherischen und heimatfördernden Gaben trefflich ausgenützt hat, wie wenige, ist soeben aus unserer Mitte geschieden. Es ist dies Kirchenrat Georg Rappes, zuletzt in Wertheim. Auf der Heimreise aus dem schönen Badenweiler entschlief er 68-jährig ganz schnell und unerwartet in Karlsruhe bei seinen Kindern. In einem Nachruf heißt es: „Er war ein richtiger Bauernpfarrer, der einmal sagte, „wenn ich meinen Bauern nicht sagen kann, ob sie ihren Acker gut gebaut haben, dann kann ich ihnen auch nicht das Wort Gottes verkünden. Er lebte mit seiner ganzen Schaffenskraft in seinen Pfarnern, verkündigte nicht nur in einer lebendigen und anpackenden Weise das Evangelium, sondern gründete Bienen-, Obstbauvereine und Sanitätskolonnen, er suchte das wirtschaftliche und geistige Leben seiner Bauern zu heben und ihnen den Sinn für ihr altes Volksgut zu erhalten.“ Kein Wunder, daß alles zusammenströmte, als der Kraftwagen mit seiner Leiche den weiten Weg von Karlsruhe nach Wertheim, seiner Heimat, machend, durch seine erste und ihm noch immer ans Herz gewachsene Gemeinde Fahrenbach nahm, wo aus technischen Gründen ein Aufenthalt nötig wurde, während welchem der Sarg in der Kirche vor dem Altar aufgestellt wurde! Kein Wunder, daß dann beim Weiterfahren die evangelischen und katholischen Kirchenglocken mit vollem Geläut letzte Grüße sandten und „das Dorf ohne Unterschied der Konfessionen in ergreifendem nachlässigen Zug seinen früheren Pfarrer bis zur Ortsgrenze begleitete.“ — Hier ging in der Tat echter evan-

gelischer Volksdienst und wahre „praktische Theologie“ zu Grabe!

Fast gleichzeitig verlor unsere Landeskirche in Kirchenrat Johann Klenk einen nicht minder wertvollen Pfarrer. Er stammte aus dem nördlichen Frankenlande (Nordostbaden), aus dem Dorfe Sindolsheim und hat dieser seiner Heimatgemeinde noch 5 Jahre im Ruhestande gedient, nachdem er bereits einen 45-jährigen Kirchendienst hinter sich hatte und hiervon 33 Jahre der Pfarren von Mannheim-Sandhofen, einem aus einem kleinen Dorf zum Stadtteil gewordenen Ort, gewesen war. Nach also 50 Dienstjahren trat er somit erst endgültig seinen Ruhestand an. Ein Jahr konnte er ihn in Mosbach genießen und ist im Kreise seiner Amtsbrüder und Amtschwestern unmittelbar nach einer ehrenden Abschiedsrede auf seinen Dekan und Freund mitten unter den Feiernden plötzlich tot von seinem Sitz gesunken. Auch zu seinem Grabe eilten die Vielen aus seinen früheren Gemeinden, auch seine Lebensfrau war nicht vergebens gefahren! Wahrlich, es braucht einem nicht bange um eine Kirche zu sein, die von solchen Stützen getragen ist zu Grabe!

Gegen den Versailler Vertrag.

Am Jahrestag des Waffenstillstands pflegt in Edinburghs größter Kirche, der St. Giles Cathedral, ein Gottesdienst stattzufinden. Bei diesem waren diesmal die angesehensten Spitzen der Kirche Schottlands, u. a. der erste Geistliche dieser Kirche (der Moderator) und der Herzog von York als Vertreter des Königs, anwesend. Die Ansprache, welche Very Rev. L. Barr hielt, ist so bemerkenswert, daß sie auch von uns beachtet werden sollte. Es heißt da: „Wenn wir jedes Jahr von neuem in die Augen unserer Toten sehen, so dürfen wir nicht vergessen, daß sie uns fragen, wie wir das heilige Vermächtnis, welches sie uns übergeben haben, ausführen. Am Waffenstillstandstag haben wir unsere jährliche Rechenschaft abzulegen. Diese Aufgabe ist niemals eine leichte gewesen, aber niemals war sie so beunruhigend als gegenwärtig. Niemals ist es dringender notwendig für uns gewesen, unsere Geister von allen Unwirklichkeiten zu reinigen und ehrlich den bitteren Tatsachen ins Gesicht zu sehen. Die Stunde ist gekommen, wo besonders auf den christlichen Kanzeln eine offene Sprache zur unverrückbaren Pflicht wird. Und wenn auch das, was ich zu sagen habe, manchem von euch ansehnlich scheinen mag, so tue ich es, weil ich mir der Verantwortung bewußt bin, wenn ich eine solche Zuhörerenschaft bei einer solchen Gelegenheit anrede, und weil ich glaube, daß solche offene Sprache dringend nötig ist, denn wir stehen in der letzten Stunde (the sands are running out). Die, an welche wir heute denken, gaben ihr Leben nicht nur für ihr Land dahin; sie wurden durch den Glauben angepornt, daß aus dem titanischen Kampf, in welchen sie verwickelt wurden, eine gerechtere und bessere Welt hervorgehen würde. In dieser Hoffnung starben sie! Und wir, ihre Ueberlebenden, sind dazu aufgefordert, für die Erfüllung dieses Ideals zu leben. Und doch, nach 13 Jahren eines sogenannten Friedens muß man es als nichterne Wahrheit aussprechen, daß die Lage in unserm Lande, in Europa, und auf der ganzen weiten Erde, schwieriger ist, und die aus ihr sich ergebenden Probleme unendlich viel zugespitzter sind als in den Jahren, welche dem großen Kriege vorangingen, oder ihm unmittelbar folgten. Als die Feindseligkeiten endeten, gingen wir daran, unser eigenes Land in Ordnung zu bringen und zu der Wiederherstellung eines durch den Krieg erschütterten Europas zu helfen. Und was sind die Resultate? Es ist schlimmer geworden, sowohl in Hause, wie draußen, und zwar so sehr, daß wir uns in Gemeinschaft mit der ganzen Welt in einer Lage von wirtschaftlicher Verwirrung und von ernsthafter internationaler Unruhe befinden, die ohne Parallele ist. Welches auch immer die Ursachen dieser traurigen Lage sind, der Haß, die Furcht der Menschen, der Verdacht eines jeden Volkes auf seinen Nachbarn gehört jedenfalls nicht zu den Geringsten dieser Ursachen. Wir können das nicht verkennen durch einen allgemeinen Hinweis auf die weltweite Depression des Handels. Worin liegen die Wurzeln dieser Depression? Wohl liegen sie heute zum Teil in der Ueberproduktion von Gütern, in der Entwicklung von neuen Industrien ohne Rücksicht darauf, daß schon anderswo die Produkte dieser Industrien reichlich zu haben sind. Diese neu im Ausland gegründeten Industrien sind aber nicht so sehr die Frucht gesunder Handelskonkurrenz, sondern einer blaffen Furcht, die durch alle Völker geht, daß, wenn sie nicht selbst erhaltend werden, ein neuer Krieg sie in jedem Augenblick der notwendigen Mittel zu ihrer Existenz berauben

411

Städt. Bibliothek

S 839

könnte. Ueber der wirtschaftlichen Unordnung hängen Kriegsschulden und Reparationen wie ein ersticker Nebel. Damit gleichzeitig geht ein verzweifelter Wettlauf vor sich, so daß heute jede Macht, die etwas bedeutet, mehr für Rüstungen ausgibt als in den Jahren vor dem Kriege, nur zwei Mächte ausgeschlossen, Deutschland und Großbritannien. Erstes wurde zwangsweise entwaflnet. Letzteres hat freiwillig seine Kriegsrüstungen beschränkt, um andern ein Beispiel zu geben. Unsere Infanterie hat große Vorteile. Ihr großer Nachteil aber ist, daß der Durchschnittsbürger wenig von der politischen Lage jedes anderen Landes außer seinem eigenen weiß. Wäre das nicht so, dann würde die Kenntnis der sehr ernsten Tatsache mehr verbreitet sein, daß von der Wolga bis zum Atlantischen Ozean hin Europa von einem Geist der Revolution überherrscht ist. Es ist nicht wahr, daß in Europa gegenwärtig keine neue Kriegsgefahr besteht. Wohl ist die Welt seit dem großen Krieg nicht müßig gewesen. Man ist begeistert in Genf, bei internationalen Kongressen und wirtschaftlichen Konferenzen an der Arbeit gewesen. Protokolle, Pakte, Verhandlungen usw. sind haufenweise herausgegeben worden und dennoch ist die Welt tiefer und tiefer in das Chaos hineingesunken.

Läßt uns nun klar dem gegenwärtigen Stand der Tatsachen ins Auge sehen. Der Vertrag von Versailles, welcher den Krieg beendet, versprach, Europa in Ordnung zu bringen. Man sagte, jetzt sei die Gerechtigkeit ausgerichtet, während man doch eigentlich hätte sagen sollen, jetzt sei dem Raubgefühl Genüge geschehen. Nachdem nun Jahre vergangen sind, können wir diesen Vertrag mit kühlerem Kopf und mit mehr christlicher Haltung betrachten. Nur unverbesserliche Gedankenlosigkeit kann es nicht erkennen, daß die Regelung internationaler Schwierigkeiten, das Ziehen von neuen Grenzlinien auf der Landkarte eine Aufgabe bedeutet, die viel zu zart und gefährlich ist, um in einer Atmosphäre glühender Gegensätze unternommen zu werden, welche klares Denken und gesundes Urteils unmöglich macht.

Das Nachkriegs-Europa ist, wie im tiefsten Herzen die meisten jetzt zugeben, über einem wahren Sumpf von Ungeheuerlichkeit konstruiert worden. Es kann und wird kein Friede unter den Völkern sein, bis dieses offenbare Unrecht, das in diesem unter einem bösen Stern stehenden Vertrag eingebettet ist, wieder aufgehoben wird. Die Nation, welche unter den siegreichen Völkern zuerst die vollständige Revision des Vertrages verlangt, und Gott gebe, es möge unsere Nation sein, wird durch die nachfolgenden Geschlechter als Gottes Gesandter auf der Erde gepriesen werden. Solange der Vertrag — nicht revidiert — in Kraft bleibt, ist er ein Mühlstein am Hals der Welt. So lange kann es keine Sicherheit, keine Eintracht geben, keine Befreiung von der ewigen Kriegsfurcht. Im Februar sollen sich die Völker in Genf treffen, um die Frage der Abrüstung, auf welche alle Menschen guten Willens ihre sehnlichste Hoffnung setzen, zu diskutieren. Wird es gelingen? Im besten Fall kann der Erfolg nur zeitweilig sein, solange als er mit den gegenwärtigen europäischen Festsetzungen des Versailler Vertrages verbunden ist. Es kann keinen Willen zum Frieden geben, wenn stolze Völker weiter Unwürdigkeiten unterworfen sind, beleidigt in ihren religiösen und völkischen Gefühlen, beraubt der Ge-

legenheit für rechtsschaffene wirtschaftliche und politische Entwicklung, in Stücke zerrissen durch Grenzlinien, welche in ihre geheiligten Ueberlieferungen hineinschnitten. Erst müssen die Verkehrshindernisse wieder in Ordnung gebracht, die Lasten der Ungerechtigkeit entfernt werden, bevor die Menschen ihre Schwerter in Pflugscharen verwandeln. Krieg ist ein verdammentwertes, verkehrtes und schreckliches Mittel internationalen Schiedsgerichtes, aber laßt uns nicht vergessen, daß eine Zeit kommen kann, in welcher eine unterdrückte Nation den Schrecken des Krieges der Schmach und der Versklavung vorzieht, eine Zeit, in welcher wegen der unerschütterten Ungerechtigkeit der Krieg die einzige Methode ist, die einem Volke noch offen gelassen wird, um seine natürliche und gerechte Schicksalsbestimmung auszuführen. Ich glaube, die größte Aufgabe unserer Geschichte liegt gegenwärtig vor uns; nämlich die, die Völker durch eine freiwillige Neuordnung dieser Versailler Bestimmungen, die so viel Bitterkeit, Rebellion und Verzweiflung hervorgerufen haben, zu einer Uebereinkunft zu bringen, in welcher die Arznei der Gerechtigkeit die Wunden der Unterdrückung heilen wird und der Geist Christi die Teufel des Hasses und der Furcht austreiben wird. Nur so kann es zu einer Bruderschaft der Nationen kommen, und nur durch solche eine Bruderschaft werden sie aufhören, Krieg zu führen. Und nur dann und nicht eher als dann können wir zur Zeit des Waffenstillstandes den Toten ins Auge schauen und sagen, wir haben das Werk beendet, das ihr uns zu tun gabt.

W-m.

Ein Wort zur Schließung der S.-A.-Heime.

Ein Leser schickt uns die nachfolgende Stellungnahme eines S.-A.-Mitgliedes zu dieser Angelegenheit.

Am Sonntag, den 1. November, wurde in Fürstentum a. d. Spree das für die erwerbslosen Parteimitglieder der NSDAP eingerichtete Heim behördlich mit der Begründung geschlossen, daß es als Ausgangspunkt für politische Gewalttätigkeiten benutzt werden würde.

Am Freitag, den 30. 10. 31, wurde in dem Dorfe Preschen bei Forst in der Aufsicht der Unteroffiziersraum und das Übungsgelände eines Sportlehrganges für erwerbslose Parteimitglieder der NSDAP durch ein größeres Aufgebot von Schutzpolizei aus Kottbus in Begleitung zweier Kriminalbeamten aus Berlin früh 7 Uhr besetzt und durchsucht. Dabei wurden im Umkreis von 2 Kilometer alle Laubhainen nach Waffen durchsucht.

Einer der Beamten wollte sogar gehört haben, daß der Leiter der am Morgen stattfindenden Freiübungen militärische Kommandos abgegeben habe. Der Versuch der Beamten, ob ein Verstehen auf eine derartige Entfernung möglich war, endete ergebnislos. Es handelte sich also um falsches Hören durch einen der NSDAP wahrheitsförmlich feindselig gesinnten Beamten.

Ich nehme daher Veranlassung, der Öffentlichkeit mitzutheilen, daß derartige Sport- und Schulungslehrgänge unter meiner Aufsicht des öfteren in verschiedenen Teilen des Gaues Ostmark stattfinden. Diese dienen zur körperlichen Erleichterung als Fürsorge für erwerbslose Parteimitglieder und zur weltanschaulichen Schulung. Militärische Ausbildung irgendwelcher Art, Vorbereitung verbotener politischer Handlungen oder sogar Herstellung

von Waffen und Bomben, wie bei den Kommunisten, sind strengstens verboten und finden nirgends statt.

Die in Blankenberg b. Sternberg i. d. Mark abgehaltenen größeren Sportlehrgänge sind der Öffentlichkeit durch Zeitungsmeldungen und der Behörde durch entsprechende Anmeldungen immer bekannt gemacht worden.

Die Tätigkeit dient letzten Endes der Erleichterung der Jugend und der Behebung derjenigen Schäden der Erwerbslosigkeit, die infolge völliger Beschäftigungslosigkeit und mangelhafter körperlicher und geistiger Betätigung leicht bei der Jugend eintreten können. Eine solche Arbeit, die von der NSDAP unter großen Opfern durchgeführt wird, dient also den edelsten Zwecken des gesamten Volkes und müßte auf dankbare Anerkennung durch die Gesamtheit der Bevölkerung rechnen können.

Daß immer wieder versucht wird, bei diesen unseren Arbeiten geheimnisvolle Dinge zu vermuten, daß man mit allen Mitteln der heutigen Ausnahmegesetzgebung diese unsere Tätigkeit hindert, ist ein Kennzeichen für die heute herrschenden Mächte. Die NSDAP wird sich dadurch nicht abhalten lassen. Sie weiß, daß sie einst den Dank des ganzen Volkes dafür ernten wird.

Siegfried Rasche, M. d. R.

Luftschutz tut not!

Von Oberst a. D. Immanuel.

In ganz Deutschland ist man sich endlich darüber einig geworden, daß der Luft- und Gaschutz des Volkes keinen längeren Aufschub mehr duldet. Zehn kostbare Jahre sind freilich darüber hingegangen, ohne daß etwas Greifbares, etwas Tatsächliches in dieser Beziehung geschehen ist. Man tröstete sich mit der Annahme: „Es ist ja gar nicht so schlimm, wie es vielerorts gemacht wird.“ Die Nachbarmächte werden uns nicht angreifen. Verführung und Ausgleich, allgemeine Weltfriede werden alle Gefahren bannen! Heute aber sieht jeder, der überhaupt sehen will, ein, daß es sehr wohl einmal ernst werden kann, und daß alle noch so süßlichen Friedensreden die eiserne Notwendigkeit der drohenden Gefahr nicht bannen können. Abgesehen von der leider noch immer sehr großen Gruppe der Unbelehrbaren und der Schwärmer hat man jetzt endlich in Deutschland erkannt, daß es Zeit, allerhöchste Zeit ist, etwas ganz Entscheidendes für den Luft- und Gaschutz zu tun.

Die Weltlage sieht bei nüchterner Beurteilung wahrlich nicht so aus, als ob aus der Abrüstungstagung im Frühjahr 1932 nennenswerte Ergebnisse herauskommen würden! An der Nachstellung Frankreichs wird es scheitern, daß eine tatsächliche Beseitigung der Rüstungsungleichheit eintreten kann. Namentlich wird sich Frankreich, mit ihm seine Gefolgschaft, nicht darauf einlassen, seine ungeheure „Aufrüstung“ zu mindern. Wer die wahre Stimmung in Frankreich kennt, der kann nicht einen Augenblick daran zweifeln, daß es in den Luftwaffen eines seiner stärksten Kriegsmittel erblickt. „Die Sicherheit Frankreichs, die auf der Erhaltung der Versailler Friedensbedingungen beruht, fordert es, daß eine starke Wehrmacht auf dem Boden der allgemeinen Wehrpflicht zur Verfügung steht und sich auf die wirksamsten technischen Kriegsmittel stützt. Sie beruhen im Luftkrieg.“ So lautet der Grundgedanke der französischen Rüstungspolitik.

Es ist allbekannt, daß im französischen Heimatheer etwa vier Subdivisionen bereitgehalten werden. Polen und die Tschechoslowakei, Frankreichs Bundesgenossen, besitzen eine entsprechend starke Luftmacht. Nach den neuesten Berichten

büht dem hingebenden Veranstalter des Abends, Herrn Musikdirektor Gerlach, der Dank der zahlreich erschienenen Besucher der erhabenen Feiertunde. Harr.

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Alte und neue Formen studentischer Gesellschaft! Von Univ.-Professor Dr. Wilhelm Stählin-Münster (nächstb. Heidelberg). 16 Seiten (mit Umschlag). Verlag „Auf der Wacht“ Berlin-Dahlem. Preis 25 Hpt für ein Stück, 2,- RM für 10 Stück.

Der glänzende Vortrag hat im schönen Sonderdruck so allgemein Anklang gefunden, daß eine Neuauflage notwendig wurde. — Aus dem Inhalt: Das Alte, im Kerne berechtigt, in den Formen überlebt, bedarf der Neugestaltung. Soziale und nationale Aufgaben fordern von der Führerschaft Verwertung alles Trinkzwanges; verheißungsvolle, neue Formen bereiten sich vor.

Der 9. Band des „Großen Brockhaus“ (J.-Ras; 784 Seiten; in Ganzleinen RM 26,—; bei Rückgabe eines alten Lexikons nach den festgesetzten Bedingungen 23,50).

Dieser neunte Band, dem der zehnte bald folgen soll, wird, gleich wie die vorhergehenden wieder von den Beziehern mit der alten Freude begrüßt worden sein. Es zeigt sich immer wieder, wie der Verlag alle Technik und alle Erfahrung der Ausgestaltung des prachtvollen Werkes zuwendet und es so zu einer Fundgrube macht, aus der für das tägliche Leben der mannigfaltigste Rat gehoben werden kann.

Der neue Band bringt eine ungeheure Fülle interessanter Artikel, von denen nur folgende wähllos genannt werden sollen: Industriebauten (16 Abb.), Italien (etwa 90 Spalten Text, 65 Abb. und 15 bunte Karten), Japan (46 Spalten Text, 76 Abb.), Jugendbewegung (17 Abb.). Die Völkerkundetafeln (Indien, Islam, Japan) bringen charakteristische Aufnahmen gegenüber den früheren Phantasietafeln. Oft wird die Luftbildaufnahme zu Hilfe genommen, um den Aufbau einer Landschaft, einer Stadt klarzumachen, auch unerschließbare Gegenden werden auf diese Weise im Bild gezeigt (Karakorum; Inlandgletscher in Grönland). Vorbildlich zusammengestellt sind die Tafeln aus dem Gebiet von Wirtschaft und Technik (Kaffee, Kältetechnik) oder über Fabrikationsvorgänge (Kakaogewinnung, Herstellung von Kakao und Schokolade). Wer sich besser orientieren will, beachte die Anzeige in der heutigen Nummer.

Rasse und Volkstum.

Ein neuerlicher Versuch, der freilich an die in der Reformationszeit üblichen Disputationen erinnert, wird in Viefelsfeld damit gemacht, daß zur Erörterung von kulturpolitischen Themen zwei sachverständige Redner einander gegenübergestellt werden, welche verschiedene Auffassungen vertreten, die dann nacheinander in Form einer Disputation zwischen den beiden Rednern geklärt werden sollen. Man wünscht hierdurch, wie Professor Dr. Bavinck an dem ersten Abend (am 20. 11.), der das obige Thema behandelte, einleitend sagte, solche Themen von der Hitze der politischen Erörterungen heraus in das ruhige, sachliche, wissenschaftliche Fahrwasser zu erheben. Die Schwierigkeit solchen Unternehmens liegt darin, daß eine Disputation, soweit sie — was hier gewiß nicht immer der Fall war — verstanden wird, nur Stoff zum Nachdenken bringt, ohne zu einer völligen Klärung der betreffenden Fragen zu führen. Stud. Rat. Dr. Spiekerhöfter suchte von Rasse und Volkstum aus Beziehungen zur deutschen Kultur zu ziehen. Ausgehend von Mendels Verebnungslehre sprach er von den in dieser Wissenschaft vielgenannten „Genen“, deren Verebnungsfähigkeit nach der körperlichen Seite mehr erforscht sei, als nach der geistigen. Wir würden vielleicht erst in Jahrzehnten genau feststellen können, was an Erblinien im deutschen Menschen vorhanden ist. Inzwischen sei es klar, daß durch die 5 Milliarden, die für Alkohol ausgegeben werden, wertvolle Erbanlagen erfaßt würden. Ferner, daß durch den erschütternden Geburtenrückgang (1870 40 Geburten auf 1000, gegenwärtig 18 (Berlin 9) auf 1000) gerade die besten Elemente zum Aussterben gebracht würden. Dr. Sp. sieht als Aufgabe das Schaffen einer deutschen Rasse an, welche die ererbten Erbanlagen besitzt. Dabei sei es nicht so wichtig, besonders auf körperliche Eigenschaften (wie blaue Augen und blonde Haare) als auf das Vorhandensein der geistigen Eigenart deutscher Kultur zu achten.

Professor Scheidt, Direktor des Museums für Völkerkunde in Hamburg, stellte den Ausführungen Spiekerhöfters den Satz entgegen, „daß es verfehlt sei, irgendeine Rasse zu züchten zu wollen, die ein Kulturideal verwirklichen könne“. Die Wurzeln der Kultur liegen nach ihm nicht in den Menschen, sondern in der Umwelt. Die Gefahren des Alkoholismus und des Geburtenrückganges sieht er als sehr gering an gegen-

über den Hemmnissen, die aus dem falschen Kulturbegriff entstehen. Prof. Sch. wendet sich hier, ohne daß er diesen Ausdruck gebraucht, gegen die Gefahr der Vergötzung der Kultur. Nicht der Mensch hat die Kultur zu dienen, sondern die Erhaltung des menschlichen Lebens sei das eigentliche Ziel. Das Bild einer nordischen Rasse sei unhaltbar. Die führenden Menschen der Zeit seien Rassenmischlinge. Wichtig sei, daß die Kenntnis der biologischen Erbgesetze viel mehr bekannt werde. Sie solle auch in den Schulen gelehrt werden. Die Pflege minderwertigen Lebens dürfe nicht auf Kosten des gesunden Lebens geschehen.

Daß die Vorträge in einer wenn auch nicht volkstümlichen, so doch für Gebildete mehr verständlichen Sprache gehalten werden und die Beziehung zum Thema straffer herausstreite, darf man wohl als Wunsch für die folgenden Abende aussprechen.

W-m.

Musikalische Feiertunde in der Altstädter Kirche zu Viefelsfeld.

Wenn es der Zweck einer musikalischen Feiertunde ist, die Seelen aus dem Bereich des Alltäglichen und Vergänglichsten in die Sphäre des Ewigen, Unvergänglichsten zu erheben, so wurde dieses Ziel durch die am Sonntagabend abgehaltene Feiertunde tatsächlich erreicht. In der Reihe klangvoller musikalischer Darbietungen, hauptsächlich aus dem 16. Jahrhundert, deren Abschluß die fein vorgetragene Pastorale des Italieners Locatelli bildete, erklangen die Töne ernster Trauer über die erdbherrschenden Mächte, denen wir alle hienieden überantwortet sind, und daneben die freudigen Klänge ihrer Ueberwindung durch den Retter Christus. Der Ausblick auf das unsagbare Glück der Seligen in der Ewigkeit: „Da sich das Leben recht anfängt, da alles Trauern hat ein End; da nimmer Klage wird gehört, die Seligen kein Leid berührt“, fand einen schönen Ausdruck in dem hübschen, von Michael Prätorius vertonten Liede: Nach ew'ger Freud mein Herz verlangt. Tiefen Eindruck machte auch das Choralvorspiel zur Bachschen Kantate „Aus tiefer Not schrei ich zu dir“, das von einem einstimmigen Männerchor und einem Streichorchester wirkungsvoll vorgetragen wurde. Auch der gemischte Chor entledigte sich mit eifriger Hingabe und mit großer Sicherheit seiner Aufgabe, ebenso wie der junge Orgelspieler Siegmund Raubzus. Hauptsächlich aber ge-

wären in Frankreich 7300, in Polen 1300, in der Tschechoslowakei 1000, in Belgien 250 Kriegsfugzeuge vorhanden, die für den Luftkrieg in Frage kommen. Das Angriffsverfahren ist in großen Zügen folgendes: Die Jagdstaffeln vertreiben feindliche Luftgeschwader. Ihnen folgen die Abwurfstaffeln in drei Gruppen: Sprengbomben-, Brandbomben-, Gasbombenwerfer. Die Sprengbomben sollen, wie es vom Weltkrieg her bekannt ist, Gebäude, Anlagen, Einrichtungen durch Sprengwirkung zerstören. Die Brandbomben haben alsdann Feuersbrünste zu entzünden, um die Menschen aus ihren Zufluchtsorten herauszutreiben, damit schließlich die Gasbomben ihre erstickende, mindestens betäubende Wirkung tun.

Der Versailler Frieden hat Deutschland die Luft- und Gaswaffe gänzlich verboten. Später wurde ein gewisser, sogenannter „passiver“ (abwehrender) Gaschutz in Gestalt der Gasmaske erlaubt, auch eine lächerlich kleine Anzahl ortsfester Flugzeugabwehrkanonen zu Königsberg i. Pr., sonst aber nichts. Was wir daher mit gebieterischer Lebensnotwendigkeit brauchen, sind umfassende Schutzmaßnahmen, bis Deutschland Rüstungsfreiheit erhält.

Die Anfänge zum Luft- und Gaschutz rein abwehrender Art sind bei uns gemacht. Allein es ist leider auch in dieser Hinsicht die bedauerliche Erscheinung zutage getreten, daß der einheitliche Gedanke, die geschlossene Tat, die planmäßige Zusammenfassung fehlen, und daß statt dessen die Zersplitterung und die Gegenfährlichkeit wiederum zutage treten. Zwar ist unsere Wehrmacht mit Gasmasken ausgerüstet, aber für die bürgerliche Bevölkerung ist noch nichts geschehen, was imstande ist, nun auch den sicheren Schutz zu gewährleisten.

Was gehört zu einem solchen Schutz? Vor allem die Schaffung und Bereithaltung von Personal und Gerät, um im Bedarfsfall heidend und rettend einzugreifen. Gegen Luftangriffe überhaupt sind möglichst feste, „bomben- und brandfeste“ Räume herzustellen, zum Beispiel Keller, Gewölbe, Unterstände, wohin sich die Bevölkerung bergen kann, aber nicht in planloser, wilder, verzweifelter Zusammenpöbelung, sondern in ruhiger, planmäßiger Verteilung und Ordnung. Gegen Gasangriffe ist neben der Unterbringung in abgedichteten Zufluchtsräumen die Bereitstellung der geeigneten Geräte erforderlich, wie Sauerstoffpumpen, Sauerstoffapparate zur Entleerung vergaster Räume, Rettungsmittel gegen Erstickung und Gasmasken mindestens für diejenigen Kräfte, die als Führer-, Hilfs- und Rettungspersonal in Frage kommen. Ein planloses Beschaffen von Gasmasken, die bereits im Handel sind, genügt nicht. Ruhe und Ordnung sind geboten!

Von Reichs wegen muß die Organisation so durchgeführt werden, daß in den vorausichtlich am meisten gefährdeten Städten und Gegenden besondere „Aussschüsse“ eingesetzt werden, die sofort an die Aufklärung, Belehrung, Uebung der Bevölkerung herantreten und alles bereithalten, was im Notfall gebraucht wird. Vor allem müssen Paniken und nervöse Zusammenbrüche vermieden werden, damit Ruhe und Fassung gewahrt bleiben, wenn es ernst wird. Zahlreiche Organisationen haben sich inzwischen des Luft- und Gaschutzes angenommen. So warm dieser Anfang zu begrüßen ist, so groß bleibt die Gefahr, daß die besten Absichten nicht zur Geltung kommen, wenn die Leitung nicht eine einheitliche ist.

Leinerts Wahl gescheitert.

Die Vizepräsidenten wollten zurücktreten. — Landtag fordert Einstellung der Reparationszahlungen.

— Berlin, 26. November.

Im Preussischen Landtag gab es eine Sensation. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete die Neuwahl des Präsidenten. Das Haus war nahezu bis auf den letzten Platz besetzt, ließen in der Wandelhalle doch Geräusche um, nach denen für den Fall der Wahl des von den Sozialdemokraten präferierten Abgeordneten Leinert zum Präsidenten die deutschnationalen und völksparteilichen Vizepräsidenten ihren Rücktritt erklärten und andere Fraktionen ihre Befürwortung zurückzuziehen wollten. Im Saal, in dem man auch den preussischen Ministerpräsidenten Braun bemerkte, herrschte daher stärkste Spannung.

Ihren Höhepunkt erreichte die Spannung, als sofort nach Eröffnung der Sitzung der Zentrumsabgeordnete Graf die Absetzung der Präsidentenwahl von der Tagesordnung beantragte. Ein Kommunist widerlegte dem Antrag, protestierte gleichzeitig aber gegen die Wahl Leinerts. Als abgestimmt wurde, fand der Verfassungsantrag mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten Annahme.

Nach der Vertagung der Präsidentenwahl hielt die sozialdemokratische Fraktion eine Sitzung ab. Wie verlautet, hält die Fraktion einstimmig an der Kandidatur Leinert fest.

Im Verlaufe dieser Beratungen stimmte der Landtag mit 184 von insgesamt 276 abgegebenen Stimmen einem Antrag des Hauptausschusses zu, der die Reichsregierung ersucht, ungekürzt die Revision des Youngplans mit dem Ziel der absoluten Einstellung der Reparationszahlungen in Angriff zu nehmen. Die Linksparteien hatten bei der Abstimmung 92 Enthaltungen abgegeben.

Es folgte die

Beratung des deutschnationalen Mißtrauensantrages gegen Kultusminister Grimme.

Der Mißtrauensantrag wird hauptsächlich mit den Einsparungen auf dem Schulgebiet bearbeitet, ferner mit einheitlicher

Personalpolitik, verschiedenen öffentlichen Rundgebungen des Ministers, unsozialer Erhöhung der Studiengebühren und unzureichender Wahrnehmung der deutschen Belange bei Behandlung des Minderheitenschulwesens.

Zum Schluß der Sitzung erörterte der Landtag noch die neue Geschäftsordnung.

Das Zentrum und Leinert.

— Berlin, 25. November. Die „Germania“ bemerkt zu der infolge des Einspruchs der Rechtsparteien verschobenen Neuwahl des Präsidenten des preussischen Landtages, zu dem die SPD. den Abgeordneten Leinert vorgeschlagen hatte, auf sozialdemokratischer Seite sollte man um so weniger auf ein unbedingtes Festhalten an der Kandidatur Leinerts verschoren sein, als es doch noch erinnerlich sei, daß die Vorwürfe gegen Leinert bis weit in die sozialdemokratischen Kreise hinein geteilt worden seien. Seinerzeit habe die sozialistische Rundschau „Firn“ Leinert bescheinigt, „er habe die Ehre und das Ansehen der Partei auf das schwerste geschädigt durch eine Handlung, die zur Wahrung persönlichen Vorteils geschah“. Es handelte sich bekanntlich um den unehelichen Vertrag, den Leinert bei seinem Abgang als Oberbürgermeister von Hannover mit den Fraktionen des Stadtparlaments verabschiedet hatte. Im September 1924 habe Leinerts Handlungsweise auch die schärfste Mißbilligung durch den Ortsvorstand der SPD. Hannover erfahren. Bei dieser Sachlage sei es keine politische Weitblick, daß die SPD keine andere Lösung als die Restaurierung gefunden habe. Man dürfe wohl annehmen, daß in den inzwischen eingeleiteten interfraktionellen Verhandlungen eine nach jeder Richtung tragbare Kandidatur vorgeschlagen werde.

Ausgleich der Rüstungen.

Deutschlands Ziel auf der Abrüstungskonferenz. — Kundgebung im Reichstag.

— Berlin, 26. November.

Der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände veranstaltete im Plenarsitzungsaal des Reichstags eine Kundgebung. „Deutschland und die Abrüstungskonferenz 1932.“ Der Kundgebung wohnten Vertreter der Regierungen und nahezu aller Parteien bei. Die Eröffnungssprache hielt Gouverneur z. D. Dr. Schnee. Dr. Schnee legte eingehend den Rechtsanspruch Deutschlands auf die allgemeine Abrüstung dar und betonte dabei, die jegliche Kundgebung solle die Stellungnahme des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen, das nicht gewillt sei, den Zustand einseitiger Abrüstung auf die Dauer zu ertragen!

Weiter sprachen für die Nationalsozialisten Generalleutnant a. D. Ritter von Epp, für die Deutschnationalen Fregattenkapitän a. D. Scheibe, für das Zentrum Dr. Voelke, für das Landvolk Dr. Gerek, für die Staatspartei Reichstagsabgeordneter Lemmer, für die Bayerische Volkspartei Graf von Quadt-Jung, für die konservativen Graf von Quadt-Jung, für die Wirtschaftspartei Abg. Sackenberg.

Ihren Niederschlag fanden die Ausführungen in folgenden Entschlüsse:

1. Der Versailler Vertrag legt nicht nur Deutschland die inzwischen voll erfüllte Pflicht zur Entwaffnung auf, sondern gewährt ihm auch einen Rechtsanspruch auf die wirkliche Abrüstung seiner Vertragspartner; beides ist voneinander abhängig.

2. Der für die Abrüstungskonferenz in Genf ausgearbeitete Konventionsentwurf ist unzureichend, weil die vorgesehenen budgetären Begrenzungen der Herstellung immer fürchterlicherer kriegerischer Vernichtungswerkzeuge keinen Riegel vorschreiben; er ist unannehmbar, wenn er die bisherige Ungleichheit zurecht erhält. Eine echte Abrüstung muß zur vollständigen Abschaffung gerade der zum Ueberfall und Angriff auf die anderen Völker bestimmten und verteilenden Waffenarten führen.

3. Nur die Befolgung solcher Grundsätze durch die Reparationsvermaag den Anspruch des deutschen Volks auf

gleiche Sicherheit und Achtung unter den Völkern und den Anspruch aller Völker auf Sicherung des Weltfriedens zu gewährleisten.

Viedervorträge, gesungen vom Berliner Völkergesangsverein, umrahmten die Feier.

Die Durchführung der Osthilfe.

Der Reichskommissar für die Osthilfe, Minister Schlangemann, hat den Deutschen Industrie- und Handelstag in Bestätigung der Denkschrift des Industriestags zur Osthilfe auf Freitag zu einer Besprechung eingeladen. Wie wir aus Kreisen des Reichskommissariats erfahren, sind die hauptsächlichsten Punkte der Vorschläge des Industriestages, die sich auf einen möglichst weitgehenden Schutz der Gläubiger beziehen, bereits Gegenstand von Verhandlungen mit anderen interessierten Verbänden gewesen. Es haben in den letzten Tagen wiederholt Besprechungen mit Vertretern dieser Verbände stattgefunden. In diesem Zusammenhang wird auf die vom Ostkommissar wiederholt gemachten Erklärungen verwiesen, daß in den Durchführungsverordnungen zu der Notverordnung weitgehendste Rücksicht auf die Interessen der Gläubiger genommen werden soll.

Richtlinien des Haushaltsausschusses des Reichstags.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags stellte auf Antrag des Abgeordneten Dr. Stolper (Staatspartei) folgende Grundsätze für die Durchführung der Osthilfe-Notverordnung auf:

Begrenzung der Geltungsdauer der Osthilfenotverordnung auf den 30. Oktober 1932; Errichtung einer Berufungsstelle für Entscheidungen über Sicherungs- und Entschuldungsanträge; Sicherstellung des späteren Weiberauflebens der Pfand- und Sicherungsrechte; Klarstellung des Verhältnisses zwischen Privat- und Betriebsvermögen; Wahrung der Interessen der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Einschränkung dieser Organisationen bei Vergleichsverfahren.

Bei einer Ersatzwahl in Torgas für einen verstorbenen republikanischen Abgeordneten wurde wiederum ein Demokrat, also ein Gegner der Hooverpartei, in das Repräsentantenhaus gewählt.

Aufträge der Reichsbahn.

In Höhe von 250 Millionen Mark genehmigt. — Bestellung von Schienen und Lokomotiven. — Elektrifizierung der Wannseebahn. — Einführung von Neßfarten.

— Berlin, 26. November.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hielt in Berlin eine zweitägige Sitzung ab. Nach Beendigung der Verwaltungsratsitzung wurde eine Mitteilung an die Presse herausgegeben, in der es u. a. heißt:

Der Beschlußfassung des Verwaltungsrats unterlag die Verwendung der steuerfreien Reichsbahn-Anleihe 1931, deren günstiges Ergebnis zum guten Teil auch als der Ausdruck des allgemeinen Vertrauens in das Reichsbahnunternehmen betrachtet werden darf. Der Ertrag der Anleihe wird entsprechend den Abmachungen mit der Reichsregierung für zusätzliche Aufträge der Reichsbahn verwendet, um zur Besserung der Arbeitsnot nach Kräften beizutragen.

Elektrifizierung der Wannseebahn.

Die Aufträge im Werte von 250 Millionen Mark sollen unter Berücksichtigung des Bedürfnisses der Reichsbahn möglichst den notleidenden Wirtschaftszweigen und Notgebieten im Reich zugute kommen. Bei der Vergabe wird auch darauf geachtet, daß Handwerk und Kleinindustrie besondere Berücksichtigung finden. Von größeren Bauten ist die Elektrifizierung der Wannseebahn hervorzuheben.

Um diese Hilfe der deutschen Wirtschaft gewähren zu können, hat der Verwaltungsrat seine Bedenken gegen sofortige Herausgabe der Aufträge zurückgestellt, obwohl die Einzahlungstermine für die Anleihe bis zum August 1932 laufen.

Der Verwaltungsrat beschäftigte sich ferner mit der laufenden Einnahmestatistik. Von Jahresanfang bis Ende Oktober wurden gegenüber dem gleichen Zeitraum in 1930 rund 638 Millionen Mark oder 16,5 Prozent weniger eingenommen. Mit dem Jahre 1929 in Vergleich gesetzt, beläuft sich die Mindereinnahme in 1931 auf 1,3 Milliarden Mark oder 28,1 Prozent. Mit diesen Verlusten können die Ersparnisse bei den Personal- sowie Sachausgaben nicht Schritt halten.

Trotz dieser überaus ernsten Finanzlage hat die Reichsbahn, wie in den Vorjahren, so auch im laufenden Jahre eine große Zahl von Einzelstarifermäßigungen zugunsten der Wirtschaft gewährt, die besonderer Notlage Rechnung tragen und die Preisentlastung fördern sollten.

Seit der Tarifierhöhung im Oktober 1928 sind für solche Sonderstarifmaßnahmen allein über 150 Millionen Mark aufgewandt worden. Hinzu kommen die anlässlich der tariflichen Bindung des gewerkschaftlichen Kraftwagenverkehrs am 1. November 1931 gewährten Tarifierleichterungen (Senkung der oberen Ladungsklassen und der Nebenklassen) mit einem jährlichen Ausfall von rund 65 Millionen Mark.

Darüber hinaus hat der Verwaltungsrat zur Erleichterung des Berufsverkehrs die Einführung von Neß- und Bezirkskarten sowie eines um 33 1/2 Prozent ermäßigten Ausnahme-Gepäcktarifs für Musterkoffer zum 1. Januar 1932 zugelassen.

Weitere Tarifiermäßigungen für bestimmte Sondergebiete sind entsprechend dem Wunsche der Reichsregierung in Aussicht genommen.

Als notwendige Ergänzung der Kraftverkehrsordnung betrachtet der Verwaltungsrat die seit langem von der Reichsbahn erstrebte Neuordnung im Expeditiionswesen. Er gab in diesem Zusammenhang seine Zustimmung zu einer Regelung dahin, daß neben dem Vertrag mit der Deutschen Bahnspedition auch besondere Abmachungen mit den Auftragspediteuren getroffen werden.

Die Verteilung der Aufträge.

Im einzelnen sollen erhalten: Die Eisen- und Stahlindustrie für 48,5 Millionen Mark Aufträge an Schienen und für 2 Millionen Mark an Röhren; der Maschinen- und Fahrzeugbau für 25 Millionen Mark Aufträge an Lokomotiven, Waggons und Fahrzeugen, für 20 Millionen Mark Aufträge an Eisenkonstruktionen und für 4 Millionen Mark Aufträge an Apparaten; die Industrie der Seile und Seilen für 16,5 Millionen, das Baugewerbe für 94,5 Millionen Mark; die Elektroindustrie für 5,3 Millionen und das Holzgewerbe für 8,1 Millionen Mark Aufträge.

„Fünf Minuten vor zwölf.“

NSDAP. und Zentrum. — Ein Artikel Dr. Frick.

Der Vorsitzende der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, Staatsminister a. D. Dr. Frick, beschäftigt sich in einem Artikel mit der Stellung seiner Partei zum Zentrum. Das Zentrum, so schreibt Dr. Frick, verlange von den Nationalsozialisten eine grundsätzliche Änderung ihrer Ueberzeugung, wenn die Nationalsozialisten für das Zentrum koalitionsfähig werden wollten. Darauf aber könne das Zentrum lange warten. Nicht an den Nationalsozialisten sei es, sich zu ändern, sondern am Zentrum. Es sei jetzt fünf Minuten vor zwölf Uhr. Heute sei es noch Zeit, daß sich das Zentrum eines besseren beginne. In einigen Wochen und Monaten sei es zu spät.

Ueber außenpolitische Fragen äußert sich Staatsminister a. D. Dr. Frick in diesem Artikel noch dahin, neue außenpolitische Verpflichtungen der Regierung Brüning würden die Nationalsozialisten nicht anerkennen.

Hitler rückt vom Zentrum ab.

Hitler gegen jede Koalition?

— München, 25. November. Anlässlich der Afta-Bahlen sprach Adolf Hitler am Mittwoch in einer vom nationalsozialistischen Studentenbund veranstalteten Versammlung im Bürgerbräukeller. Hitler, der stürmisch begrüßt wurde, schilderte in einer zweistündigen Rede die Ziele der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung und erklärte u. a., solange die Frage Marxismus oder Nationalsozialismus nicht entschieden sei, könne Deutschland als Kraftfaktor in der Welt nicht in Erscheinung treten. Erst müsse das Volk zur inneren Einheit gebracht werden, bevor ein Staatsmann etwas ausrichten könne. Der Nationalsozialismus schaffe ein neues Volk und eine neue Führung. Er begnüge sich nicht damit, rechnerisch mit anderen Parteien zusammen an der Gestaltung des deutschen Schicksals teilzunehmen und eine Regierung zu bilden. Denn die NSDAP kämpfe um die

Seele unseres Volkes. Der Nationalsozialismus könne sich niemals mit diesen anderen Anschauungen verjöhnen. Es werde erst dann Ruhe werden, wenn der Nationalsozialismus den anderen Parteien den letzten Mann entziffen habe.

Umsatzsteuer zwei Prozent?

Auch die Erhebung einer Einfuhrabgabe steht zur Diskussion.

— Berlin, 26. November.

Die Gerichte, wonach das Reichskabinett die Frage einer Erhöhung der Kapitalertrag- und der Umsatzsteuer untersucht, verdichten sich in parlamentarischen Kreisen jetzt dahin, daß eine Erhöhung der Umsatzsteuer von gegenwärtig 0,85 auf zwei Prozent geplant sei. Bekanntlich spielte die Erhöhung der Umsatzsteuer auch früher schon eine Rolle, ohne daß damals Beschlüsse in dieser Richtung gefaßt worden sind. Damals bezeichnete der Kanzler die Erhöhung der Umsatzsteuer als die „letzte Steuerreserve“.

Sollte nun die neue Notverordnung diese „letzte Steuerreserve“ in Anspruch nehmen, dann würde damit — darüber wird man sich hoffentlich allseits klar sein — die geplante Verbilligung der Lebenshaltung erheblich erschwert werden.

Obwohl eine Entscheidung noch nicht gefallen ist, will man doch in parlamentarischen Kreisen bereits wissen, daß auch daran gedacht wird, die erhöhte Umsatzsteuer auch von Einfuhrwaren zu erheben. Der Widerstand, den solche Pläne früher gefunden hätten, sei dadurch abgeschwächt worden, so erklärt man, daß auch England, Frankreich und Italien die Einfuhr durch sogenannte Ausgleichsteuern erschwert haben. Die Ausdehnung der Umsatzsteuer auf die Einfuhrwaren sei allerdings dadurch schwierig, weil Deutschland Mengenrollen habe und die Zollbeamten so bei der Wertermittlung auf Hindernisse stoßen würden.

Es entsteht also die Frage, ob es nicht einfacher sei, statt die Umsatzsteuer auf die Einfuhrwaren auszudehnen einfach eine Ausgleichsteuer für Einfuhrwaren einzuführen.

Doch das sind alles Erwägungen, von denen noch nicht feststeht, wie weit sie in der neuen etwa für den 6. Dezember zu erwartenden Notverordnung Berücksichtigung finden werden. Im übrigen soll sich das Reichsfinanzministerium auch mit der Frage beschäftigen, von dem System der allgemeinen Umsatzsteuer abzugehen und nach dem Beispiel Deutsch-Oesterreichs eine Phasenumsatzsteuer einzuführen. Entsprechende Anregungen hat übrigens der Reichstag schon vor längerer Zeit gemacht. Eine solche Änderung des Systems der Umsatzsteuer würde sich dahin auswirken, daß die Umsatzsteuer bei einem Produkt nicht mehr in sämtlichen Phasen seines Verkaufs erhoben werden würde, so beim Brot z. B. sechsmal, sondern nur noch einmal, und zwar in der für die Steuererhebung günstigsten Phase, sei es bereits beim Rohprodukt oder erst beim Kleinverkauf.

Von den Befürwortern der Phasenumsatzsteuer wird geltend gemacht, daß bei einer Pauschalierung gleichzeitig eine Differenzierung nach der Art der Waren erfolgen könnte, nämlich ob sie lebensnotwendig oder nur Luxusartikel sind. Bisher wurde immer beanstandet, daß das Brot z. B. ebenso besteuert würde wie das Parfüm.

Die Verwirklichung dieser Pläne würde aber immerhin einige Zeit in Anspruch nehmen, hat doch die Einführung der Phasenumsatzsteuer in Oesterreich z. B., obwohl dort die Verhältnisse wesentlich einfacher liegen als bei uns, immerhin ein ganzes Jahr beansprucht.

Aus der Lohnbewegung.

Nordwestverhandlungen endgültig am 3. Dezember.

Die ursprünglich für den 26. November vorgeesehenen, jedoch auf Antrag der Gewerkschaften vertagten Schlichtungsverhandlungen für die nordwestliche Gruppe sind vom Schlichter für Westfalen endgültig auf den 3. Dezember festgesetzt worden.

Vergleich in der Darmstädter Metallindustrie.

Die Lohnverhandlungen in der Metallindustrie für den Darmstädter Bezirk haben zu einem Vergleich geführt. Die zum 24. November ausgesprochenen Kündigungen wurden zurückgenommen. Der Tarifspitzenlohn wurde von 81 auf 76 Pfennig gesenkt.

Schiedspruch in der ostfälischen Textilindustrie.

Für die ostfälische Textilindustrie ist vom Schlichter ein Schiedspruch gefällt worden, der ab 23. November eine

4prozentige Lohnsenkung vorsieht. Diese Regelung ist mit 14tägiger Frist erstmalig zum 31. Dezember 1931 kündbar.

Die Lohnverhandlungen in der Schuhindustrie.

Die Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände der Schuhindustrie haben beschlossen, den am 30. Oktober 1931 gekündigten Zusatzvertrag zum Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie vom 18. März d. J. bis zum 15. Dezember 1931 einschließlich zu verlängern.

Die Justiz in der Notzeit.

Erlaß des preussischen Justizministers. — Einberufung der Oberlandesgerichtspräsidenten und der Generalstaatsanwälte.

— Berlin, 26. November.

Angeichts der Zunahme der schweren Gewalttaten im politischen Kampf, der Häufung schwerer Verbrechen gegen das Eigentum und der Verfehlungen im Geschäftsleben erfuhr der preussische Justizminister die Justizbehörden in einem Erlaß um die rasche, tatkräftige und unnachlässige Verfolgung dieser Straftaten. Nur wenn die Strafe die Schwere der Verfehlung und den von dem Täter verschuldeten sozialen und wirtschaftlichen Folgen entspreche und der Tat in kurzer Frist folge, bilde sie ein wirksames Mittel der Abwehr.

Geboten sei vor allem rasche Aufklärung der Hauptpunkte des Verfahrens, die Sicherung der Verfolgung und die Prüfung der Notwendigkeit einer Verhaftung. Bedingte Aussetzung der Strafe werde bei solchen Straftaten nur ausnahmsweise gewährt werden dürfen. Die Bearbeitung der politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Strafsachen von größerer Bedeutung sei möglichst in die Hände von Richtern zu legen, die den besonderen Anforderungen in vollem Umfang gewachsen sind.

Die Oberlandesgerichtspräsidenten und die Generalstaatsanwälte sind für die erste Dezemberhälfte zu einer gemeinsamen Besprechung nach Berlin einberufen worden.

Zwischenfall in Berlin.

Reichsbannermitglieder bei Hochrufen auf Severing zwangsgestellt.

Nach einer republikanischen Jugendkundgebung im Herrenhaus, bei der der preussische Innenminister Severing sprach, kam es in der Leipziger Straße zu einem Zwischenfall. Als Severing sein Auto bestieg, umringten ihn etwa 25 Reichsbannerleute, die mehrmals „Frei Heil“ riefen. Ein zufällig vorüberkommendes Auto des Lieberfallkommandos stoppte ab, die Beamten sprangen vom Wagen und transportierten die Reichsbannermitglieder wegen Verstoßes gegen die Bannmeilenordnung nach dem Polizeirevier. Als Minister Severing von dem Zwischenfall erfuhr, begab er sich gleichfalls nach dem Polizeirevier und erwirkte dort die Freilassung der Zwangsgestellten.

Sechs Demonstranten erschossen.

— Prag, 26. November.

Im Bezirk Freiwaldau in der Tschechoslowakei trafen kommunistische Arbeiter und Erwerbslose einen Hungermarsch an, der in Sehdorf durch Gendarmen auseinandergetrieben wurde. Nach dem Polizeibericht griffen die Demonstranten nun mit Stöcken, Steinen und Eisenstangen die Polizei an. Als der Gendarmenoberleutnant zwei Hiebe erhielt, gab er Befehl zum Feuern. Die Gendarmen gaben eine Salve ab. Sechs Personen wurden getötet, etwa dreizehn verletzt.

Im tschechischen Abgeordnetenhaus kam es auf die Nachricht von Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und Gendarmen in Tschechien-Schlesien zu beispiellosen Sturmjahren. Die deutschen Abgeordneten dieses Bezirks forderten das sofortige Erscheinen des Innenministers, doch löste sich die Sitzung sogleich in einem allgemeinen Tumult auf. Die Kommunisten bewarfen den Vorlesenden mit Aktienstücken und Tintenfassern. Ein Abgeordneter wurde von der Tribüne heruntergerissen.

Am 7. Dezember V33-Ausschuß.

— Basel, 26. November.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gibt amtlich die Einberufung des Sonderausschusses für die Prüfung der deutschen Finanzlage bekannt. Die Tagung beginnt am 7. Dezember in Basel. Zu Mitgliedern des Sonderausschusses wurden ernannt: Professor Beneduce-Italien, Staatsminister Francqui-Belgien, Sir Walter Layton-London, Dr. Melchior-Hamburg, Direktor Hohara-London, Professor Charles Rist-Paris, Dr. Stewart-Neuport.

Forderungen des Handwerks.

— Berlin, 26. November.

Der Reichsverband des deutschen Handwerks stellte in einer Vollversammlung u. a. folgende Forderungen auf: Wiederherstellung der Ertragsfähigkeit der Gesamtwirtschaft, Abbau der Ausgaben und Ausgaben der öffentlichen Hand, Senkung der Tarife, Ermäßigung der Steuern und sozialen Abgaben, Senkung der Zinsen, Neuordnung der Kartellgesetzgebung, Revision der Zollpolitik, Auflockerung der überspannten Bindungen des Arbeitsmarkts, endgültige Beilegung aller Reste der Zwangswirtschaft, insbesondere auch der Zwangswirtschaft im Wohnungsweien.

Die Börsen bleiben geschlossen. — Entlastung der Reichsbank. Die Besprechungen der letzten Tage über die Wiedereröffnung der Wertpapierbörsen endeten damit, daß die Börsen auf Wunsch der Reichsbank und der Reichsregierung geschlossen bleiben. — In der letzten Woche hat die Reichsbank nur noch für 13 Millionen Mark Gold und Devisen verloren. Der Deckungsgrad der Noten erhöhte sich wieder auf 27,5 Prozent.

Hinweis.

Der nächsten Ausgabe dieser Zeitschrift fügt die Textilmannufaktur Haagen, Wilh. Schöpplin in Haagen (Baden) einen interessanten Prospekt bei. Dieser Prospekt enthält eine große Auswahl in Wäsche und Wäschestoffen. Stellen Sie den Einkauf in diesen Artikeln zurück, bis Sie die reichhaltige Liste mit den überaus preiswerten Qualitätswarenn durchgesehen haben.

Weihnachtsbitten!

Herzliche Weihnachtsbitten der Krüppelanstalten Bolmarstein i. B.

Nie fiel das Bitten mir so schwer, wie heut', wo man sich fragt: Ja, wer, wer kann denn noch an andre denken? Wer kann noch geben, kann noch schenken, wenn täglich einer klopft an, der meint, er sei am schlimmsten dran? Verordnet ist uns mancher Verzicht, zu sparen an Kleidung, an Feuer und Licht. Doch hab' ich von keiner Verordnung erfahren, daß einer mühte an Liebe sparen. Vielmehr ist verordnet von Gott dem Herrn, daß jeder opfere von Herzen gern. Wer liebend dem leidenden Bruder begegnet, der wird zur Weihnacht doppelt gesegnet.

Wieder naht Weihnachten! Helfen Sie uns trotz der Not der Zeit, unseren 820 Krüppeln, Alten, Taubstummen und Siechen den Weihnachtstisch zu decken. Jede Gabe der Liebe, gleichviel ob Geld, Lebensmittel, Kleidung, Tabak, Spielwaren usw. ist uns willkommen.

Mit herzlichem „Vergelt's Gott“ und herzlichem Segenswunsch zum Weihnachtsfest

Pastor Vietor,
Leiter der Krüppelanstalten Bolmarstein-Ruhr,
Postfachamt Köln 29490.

Bethel.

— Musikalische Feierstunde. Donnerstag, den 26. November, abends 8 Uhr in der Zionskirche. Ausführende: Fräulein Rea Meißner, Berlin, (Alt), Kirchenchor Bethel. Orgel und Leitung: J. P. Seiler. Solosänge von Weidelsohn, Bach, Hugo Wolf usw. Orgelfolien alter Meister und J. S. Bach. Chorgesänge von J. S. Bach. Programm 0,30 Mk. in der Anstaltskassa. Kollekte für die Anstalt Bethel.

— Christlicher Verein junger Mädchen.

Freitag abend: Lautenchor im Vereinsaal.

— Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Donnerstag, 8½ Uhr der Männerchor im Jungmädchen-Saal des Affapheums.

— Donnerstag abend 8½ Uhr in Gosen

Blaukreuzstunde

Jedermann ist herzlich eingeladen.

— Am kommenden Montag, dem 30. November, abends 8 Uhr findet in der Sareptakapelle eine musikalische Abendfeier zur Einweihung der erneuerten Orgel statt. Es werden alte Meister zu Gehör gebracht werden. An der Orgel Gerhard Bunk aus Dortmund. Schwesterchor. Einige Streichinstrumente aus einem hiesigen Privat-Musikkreis. Programme für 30 Pfennig im Telefonamt und in der Pforte des Mutterhauses.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. G. Huttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Allen denen, die uns beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen ihre wohlthuende Teilnahme erwiesen haben, danken wir herzlich.

Pauline Gering
und Kinder.

Bielefeld, im November 1931.

Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der
Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Haus Dennoch, Dabos-Dorf, Schweiz

von Kreuznach Diakonissen seit 26 Jahren geführt, kann Lungenleidenden weiblichen Geschlechts auf das wärmste empfohlen werden. Ermäßigte Preise. Ausführlichen Prospekt versendet

Direktion der Diakonie-Anstalten, Bad Kreuznach.

Zuverlässig
Über allen Parteien
Schnellste Auskunftserteilung
Unentbehrlich für jedermann
DER GROSSE BROCKHAUS
200000 Stichwörter, 42000 Abbildungen
220 Karten und Stadtpläne
Kleine Monatsraten
Probekost kostenlos
F. A. BROCKHAUS · LEIPZIG
Der Unterzeichnete bittet um unverbindliche Zusendung des Probeheftes „Der Große Brockhaus neu von A-Z“
Name u. Ort: _____
Straße: _____

Wer hilft mit,

für einen Arbeitslosen 400 Mk. zum Ankauf von Debland aufzubringen bis 10. Dezember? Rückzahlung innerhalb 3 Jahren, völlige Sicherheit, 6-8% Zinsen.

Pastor Hartmann,

Niedernsteden (Bez. Hann.)

Ein empfehlensw. Jüngling, der in Kolonialwaren ein gros ausgeleitet hat, sucht

Stellung

zum Nachlernen en detail, auch in Gemischtwaren-Geschäft.

Pastor Hartmann,

Niedernsteden (Bez. Hannover)

Schweremüdig, Verzagle, Erholungsbedürftige und solche, die in geistiger Not sind, finden freundliche Aufnahme zu mäßig. Preise im

Erholungsheim

Haus Friedensruh

in Laufen/Eyach, O./A. Balingen (Würtbg.). Sommer und Winter geöffnet. Anfragen sind zu richten an die Leitung des Hauses.

Dauermieter

oder Pensionär finden bei mäßig. Pensionspreis für ein od. zwei möbl. Zimmer Aufnahme in ruhigem, kleinen Villenhaus. Gefundener Aufenthalt, nahe gelegene, schöne Spaziergänge.

Frl. v. Otterstedt,

Ballenstedt a. Harz, Poststr. 61.

Reichthumsentfaltung u.

Erholungsbedürftige

finden liebevolle Aufnahme bei

zeitgem. Preise. Diegehealle am

Walde, Zentralheizung usw.

Kurheim Frau Dr. Brandner,

St. Blasien.

Locarno-Monti

Südschweiz.

Christl. Erholungsheim Tabor.

An der neuen Straße Locarno-

Monte Dré, idyllisch, ruhiges,

sonniges Heim in klimatisch vor-

züglicher Höhenlage, bietet Ihnen

Erholung an Leib und Seele und

zugleich beste Gelegenheit, die

Schönheiten des Südens kennen

zu lernen. Hausandachten. Auf

Wunsch Diskette. Eig. Auto.

Prospekt; bescheidene Preise.

das ganze Jahr offen.

W. Keller, Prediger.